

[Startseite](#) > [AKTUELL](#) > [Themen](#) >**AKTUELLES****AKTUELL**

- [Termine](#)
- [Tagesordnungen](#)
- [Plenarprotokolle](#)
- [Pressemitteilungen](#)
- [hib-Meldungen](#)
(heute im
bundestag)
- [Parlamentsfernsehen](#)
- Web-TV
- [Newsletter](#)
- [RSS](#)

PARLAMENT**ABGEORDNETE****AUSSCHÜSSE****WEHRBEAUFTRAGTER****DOKUMENTE****WISSEN****LIVE****PETITIONEN****EUROPA UND****INTERNATIONALES****SERVICE****PRESSE****Jugend****Ausstellungen****Architektur und****Kunst****Geschichte****Impressum /****Datenschutz****Thema der Woche**

Datum: 30.06.2006

[\[zurück \]](#) [\[Übersicht \]](#) [\[weiter \]](#)**Gleichbehandlungsgesetz beschlossen**

Der Bundestag hat am Donnerstag, dem 29. Juni 2006, das



Namentliche Abstimmung des Gleichbehandlungsgesetzes
© DBT

Gleichbehandlungsgesetz beschlossen. Laut dem vorläufigen Ergebnis der Namentlichen Abstimmung stimmten 443 der Abgeordneten mit Ja, 111 mit Nein und 17 enthielten sich der Stimme.

Das Parlament setzt mit seinem Beschluss europäisches Recht in deutsches Recht um. Vier EU-Antidiskriminierungsrichtlinien liegen dem Gleichbehandlungsgesetz zugrunde, das Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern oder beseitigen soll.

Das Gesetz enthält zudem Regelungen zu Entschädigung und Schadensersatz. Auch der Rechtsschutz der Betroffenen ist verbessert worden. Eine Antidiskriminierungsstelle wird beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, um umfassend zu beraten, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen und wissenschaftliche Untersuchungen sowie Berichte und Empfehlungen zu erarbeiten.

Der 15. Deutsche Bundestag hatte bereits 2005 einen Gesetzentwurf der damaligen Regierungsfractionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet, mit dem die vier EU-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt werden sollten. Der Bundesrat legte aber Einspruch ein und rief den Vermittlungsausschuss an. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahlen kam es im Vermittlungsausschuss aus Bundestag und Bundesrat jedoch nicht mehr zu einem Ergebnis.

Bundestagsdrucksachen zum Thema

- [Gesetzentwurf der Bundesregierung: Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung](#) [\[PDF\]](#)
- [Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung](#) [\[PDF\]](#)
- [Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.: Antisemitische Straftaten im zweiten Quartal 2005](#) [\[PDF\]](#)
- [Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Ausgrenzung beim Antidiskriminierungsgesetz](#) [\[PDF\]](#)

- [Tagesordnungen der Sitzungen des Deutschen Bundestages](#) [\[≡\]](#)

- [Parlamentsfernsehen - Web-TV](#) [\[≡\]](#)

hib-Meldungen zum Thema

- [Regierung hat erneut ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt](#) [\[≡\]](#)
- [Beim Gleichbehandlungsgesetz nicht über EU-Vorgaben hinausgehen](#) [\[≡\]](#)
- [Bundesrat: Gesetzentwurf zur Antidiskriminierungsrichtlinie neu fassen](#) [\[≡\]](#)
- [Linksfraktion: EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich umsetzen](#) [\[≡\]](#)
- [Bündnisgrüne fordern: Keine Ausgrenzung bei Antidiskriminierungsgesetz](#) [\[≡\]](#)

ARCHIV

- [Themen der Woche - Rückblick](#) [\[≡\]](#)

- Antrag der Fraktion DIE LINKE.:
EU-Antidiskriminierungsrichtlinien durch einheitliches
Antidiskriminierungsgesetz wirksam und umfassend umsetzen**
[PDF](#)
- Antrag der Fraktion FDP: Bürokratie schützt nicht vor
Diskriminierung - Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz ist der
falsche Weg** [PDF](#)

[Seitenanfang](#) 

[Druckversion](#) 